

# Dezember

Prof. Dr. Uwe Jun

(Professur für Westliche Regierungssysteme: Das politische System der Bundesrepublik Deutschland & TIDuP-Direktor)

## Das Jahr der Parteien: Die deutsche Parteienlandschaft im Überblick

**Dieses Jahr stand mit der Bundestagswahl ein politisches Großereignis an über das wir an dieser Stelle natürlich bevorzugt reden wollen. In der Wahlforschung sehen wir seit Jahrzehnten sinkende Parteibindung und wachsende Bedeutung von Kandidaten- und Programmfaktoren. Im diesmal nur dreimonatigen Wahlkampf veränderten sich die Umfragewerte der Wahlabsichten jedoch kaum (siehe Abb. 1). Die Wählerschaft ließ sich offenbar wenig durch die vorgestellten Kandidaten und Wahlprogramme beeinflussen; Ausnahme war nur Die Linke, die auf den letzten Metern zulegte. Deutet dies darauf hin, dass die Parteibindung doch stärker ist, als angenommen und Kandidatenfaktoren geringer zu gewichten sind?**

*Uwe Jun:* Diesmal gab es keinen populären Spitzenkandidaten. Alle Parteien konnten mit ihren Kandidaten kaum überzeugen, sodass der Kandidateneffekt ausblieb. Das

war in früheren Wahlen anders. 2021 konnte Olaf Scholz als Person noch punkten, 2025 nicht mehr. Hinsichtlich der Parteiidentifikation zeigt sich bei der AfD ein hoher Bindungswert; ihre Wählerschaft fühlt sich am stärksten mit der eigenen Partei verbunden. Bei allen anderen Parteien sind die Bindungswerte geringer. Auch die Themenorientierung hat weniger Dynamik in den Wahlkampf gebracht, als man hätte annehmen können. Es gab im Wahlkampf kein neues Thema, was reüssieren konnte und die Wahl wesentlich beeinflusst hätte. Einzig Die Linke konnte mit ihrem Kurs „gegen Rechts“ im Nachgang zu AfD-Stimmen in kaufnehmenden Abstimmungen der Union [Erschließungsantrag bzw. Zustrombegrenzungsgesetz am 29. bzw. 31. Januar 2025; A.d.R.] im Wahlkampf punkten. Die Themen „Wirtschaft“ und „Migration“ waren schon vorher die bestimmenden, sodass sich da keine Dynamik in die eine oder andere Richtung entfalten konnte.

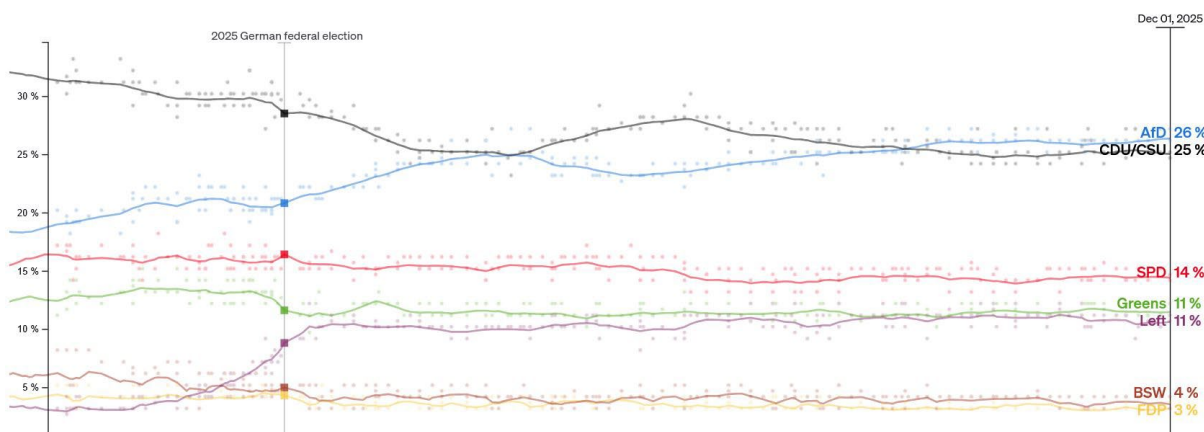


Abbildung 1: Umfragewerte der Parteien in Deutschland 2025 (Quelle: [www.politico.eu/europe-poll-of-polls/germany/](http://www.politico.eu/europe-poll-of-polls/germany/))

**Seit der Bundestagswahl stagnieren die Zustimmungswerte von SPD, Grünen, Linken, BSW und FDP (Siehe Abb. 1). Sie bewegen sich kaum, obwohl vier der fünf Parteien in der Opposition sind. Warum fehlt es dem Parteiensystem derzeit an Dynamik, obwohl eigentlich genügend Raum für kontroverse Debatten vorhanden wäre?**

*Uwe Jun:* Nur eine Partei profitiert derzeit von der Unzufriedenheit mit der Regierung: die AfD; die anderen können die Unzufriedenheiten nicht in sich aufnehmen. Die Gründe unterscheiden sich dabei allerdings: Die FDP ist in der öffentlichen Wahrnehmung kaum präsent. Beim BSW fehlt Aufmerksamkeit, weil die Partei stark mit internen Problemen und Kontroversen beschäftigt ist und sich ihre Gründerin aus der ersten Reihe zurückzieht. Die Grünen haben nach dreieinhalb Jahren Regierung noch keine klare Oppositionslinie gefunden; intern bestehen Uneinigkeiten über einen kompetitiven oder kooperativen Kurs. Die Linke war zwar im Wahlkampf erfolgreich, verfügt aber nur über ein klar begrenztes Potenzial: junge, oft weiblich geprägte gut ausgebildete Großstadtmilieus. Daher profitieren diese vier Parteien kaum oder gar nicht von der vorhandenen Unzufriedenheit mit der schwarz-roten Koalition.

**Lassen Sie uns genauer in die einzelnen Parteien schauen: Obwohl mit Robert Habeck jemand als Spitzenkandidat in die Wahl ging, der für einen Grünen kaum pragmatischer und realistischer hätte sein können, war das Abschneiden schlussendlich schlechter als unter der Spitzenkandidatur von Annalena**

**Baerbock. Sind die 11,6 Prozent auf eine schwache Kampagne, auf Habecks Person oder auf einen politischen Zeitkontext zurückzuführen, der grüner Politik wenig Bedeutung beimaß?**

*Uwe Jun:* Letzteres scheint mir das Entscheidende gewesen zu sein. Klimapolitik stand nicht weit oben auf der Agenda. Die Grünen litten zusätzlich unter dem schlechten Image der Ampel, was auch potenzielle grüne Wählerinnen und Wähler beeinflusste. Sie erreichten jüngere Wähler emotional nicht mehr und konnten kein attraktives Thema setzen, während Die Linke mit „Mieten“ und „gegen rechts“ erfolgreich war. So kamen die Grünen auf 11,6 Prozent – immerhin ihr zweitbestes Bundestagswahlergebnis und angesichts der Ausgangslage passabel, zumal sie über eine breite Stammwählerschaft verfügen. Enttäuschte Hoffnungen auf Habecks Person oder seinen Mittekurs zu reduzieren, wäre eine Fehldeutung; das war nicht der ausschlaggebende Faktor.

**Bleiben wir bei dem Fokus auf Führungspersonen: Kann Friedrich Merz nun mehr Führungsstärke beanspruchen, da er „nur“ eine Zweier- und keine Dreierkoalition zusammenhalten muss?**

*Uwe Jun:* Merz versucht, stärkere Führungskompetenz zu zeigen, vor allem durch eine aktive außenpolitische Rolle. In der Innenpolitik fällt ihm das schwer, da er an Koalitionskompromisse gebunden ist. Das Infrastrukturpaket kostete ihn Glaubwürdigkeit, weil er im Wahlkampf noch stärker an der Schuldenbremse festhielt. Er agiert nun als Garant der Koalition, weil es keine politisch gewollte Alternative zu ihr gibt. Dadurch

# Verantwortung für Deutschland



Unterzeichnung des Koalitionsvertrages 2025 der 21. Wahlperiode des Bundestages. (Foto: Martin Rulsch, Wikimedia Commons, CC BY-SA 4.0.)

hat er wenig Spielraum, um Führung zu demonstrieren. Er tritt eher als Koalitionskanzler auf, nicht als jemand mit ausgeprägter Führungsstärke, was zu seinen niedrigen Zustimmungswerten beiträgt.

## **Sie sagen, es gibt derzeit keine denkbaren politischen Alternativen zur schwarz-roten Koalition. Was ist mit einer Minderheitsregierung?**

*Uwe Jun:* Eine Minderheitsregierung würde die Union zu einer klaren Positionierung gegenüber der AfD zwingen. Da SPD, Linke und Grüne zusammen mehr Mandate hätten als die Union allein, müsste die Union faktisch mit der AfD Mehrheiten organisieren. Das würde den Parteitagsbeschluss zwar nicht formal brechen, ihn aber inhaltlich unterlaufen und die Union innerlich spalten, da viele jegliche Kooperation mit der AfD ablehnen. Unter diesen Bedingungen erscheint eine funktionsfähige Minderheitsregierung kaum realistisch.

**Zwar haben AfD und Union in einigen Feldern eine inhaltliche Nähe, in anderen dagegen unüberbrückbare Differenzen. Das scheint manchmal vergessen zu werden, wenn über eine Koalition theoretisiert wird.**

*Uwe Jun:* In der Außenpolitik bestehen deutliche Disharmonien, besonders wegen der AfD-Positionen zum Krieg in der Ukraine und zu Russland. Auch beim Rentenniveau fehlt jede gemeinsame Linie. Der Parteitagsbeschluss der Union, der eine Kooperation ausschließt, gilt weiterhin und wurde in Thüringen und Sachsen bestätigt, wo die CDU eine Koalitionsbildung mit der AfD klar vermieden hat. Wenn schon auf Länderebene keine Bereitschaft für engere Zusammenarbeit besteht, ist sie auf Bundesebene erst recht ausgeschlossen. Eine solche Kooperation würde die Union zudem innerlich spalten. Deshalb ist dieser Weg nicht gangbar.

**Schauen wir auf die Entwicklung kleinerer Parteien: FDP und BSW liegen beide anhaltend etwas unter 5 Prozent in den Umfragen. Die FDP verfügt über eine kleine Stammwählerschaft, aber eine derzeit schwache Führung. Das BSW hat kaum Stammwähler, konnte jedoch auf eine starke Führungsperson setzen. Welche Grundlage ist besser, um wieder Erfolge zu erzielen – eine kleine Stammwählerschaft oder eine starke Führungsperson (ohne Stammwählerschaft)?**

*Uwe Jun:* Für Parteien ist Aufmerksamkeit zentral – sichtbar sein und für bestimmte Positionen stehen. Dafür gibt es zwei Wege: eine mediengewandte Führungsperson oder klare programmatische Alleinstellungsmerkmale. Beides fehlt der FDP. Zwar könnte sie als marktliberale Partei ein Profil entwickeln, doch ihre Themen erreichen emotional kaum Wähler, auch nicht über das Thema „Leistungsgerechtigkeit“.

Das BSW hätte prinzipiell Chancen auf beides, doch Wagenknecht ist innerparteilich nicht mehr unumstritten und zieht sich formal zurück. Die Partei wirkt mit sich selbst beschäftigt und setzt kein klares Thema – mit Ausnahme des Ukraine-Friedenthemas, das aber vor allem in Ostdeutschland wirkt, kein Alleinstellungsmerkmal gegenüber der AfD bietet und derzeit nicht sehr weit oben auf der gesamtdeutschen Agenda steht. Kurz: Beides ist wichtig, aber ohne eine aufmerksamkeitsstarke Person ist es deutlich schwieriger.

**Der SPD, die auch ein Problem mit zunehmend kleiner Stammwählerschaft hat, gelingt es immer weniger, das klassische Arbeitermilieu an sich zu binden,**

**während die AfD – trotz eher wirtschaftsliberaler, arbeitgeberfreundlicher Programmatik – diese Wähler zunehmend gewinnt. Warum funktioniert das, und welche Konsequenzen ergeben sich daraus für die SPD?**

*Uwe Jun:* Viele Menschen mit geringer formaler Bildung fühlen sich von den etablierten Parteien nicht mehr repräsentiert. Parteien – auch die SPD – werden stark von Personen mit höherer Bildung geprägt; dadurch entsteht eine Repräsentationslücke. Diese Gruppe sieht sich subjektiv benachteiligt und findet bei der AfD Anschluss, wobei wirtschafts- und sozialpolitische Positionen in diesem Kontext zweitrangig sind. Die AfD schafft Identifikation über Migration.

Die SPD hat kulturell den Anschluss an diese Gruppe verloren; der Bruch ist über Jahrzehnte gewachsen und schwer zu schließen. Klingbeil versucht Gegengewichte zu setzen, doch die Rückgewinnung ist schwierig. Die SPD ist heute weitgehend auf Rentnerinnen und Rentner sowie Beschäftigte im öffentlichen Dienst, besonders in sozialen Berufen, reduziert.

**Das starke Ergebnis der Linken von 8,7 Prozent wurde vor allem darauf zurückgeführt, dass sie den Protest gegen die Abstimmung der CDU mit den in Kauf genommenen Stimmen der AfD im Januar authentisch aufgreifen konnte. Obwohl man diesen Effekt als nur kurzfristig wirkend hätte erwarten können, hält sich die Linke in Umfragen stabil über 10 Prozent. Wie lässt sich das erklären – sowohl mit Blick auf die unmittelbare Wahlkampfdynamik als auch darauf,**

### **dass die Partei vor einem Jahr fast schon für politisch erledigt galt?**

*Uwe Jun:* Der Wechsel an der Parteispitze hat ihr gut getan, weil die vorherige Führung soziale Politik auf Umverteilung verengt und kulturelle Themen betont hatte – z.B. symbolisiert durch die Spitzenkandidatin Carola Rackete bei den letzten Europawahlen. Die neue Führung setzt wieder klar soziale Themen, besonders „Mieten“, was bei ihrer Kernklientel – junge, gut ausgebildete Großstädterinnen – emotional verfährt. Dazu kommt das Image von „wir kümmern uns vor Ort“.

Die politische Lage ähnelt der vor der Bundestagswahl; die AfD steigt weiter, und die Linke positioniert sich erfolgreich als Antipode – besonders wirksam bei formal gut ausgebildeten Frauen in Großstädten. Mit Heidi Reichinnek hat die Partei zudem eine wählerwirksame Person, die soziale Botschaften emotional über soziale Medien vermittelt. Intern ist die Partei heute nach der Abspaltung des BSW geeinter. Externe Faktoren wie Merz' migrationspolitischer Wahlkampfswenk halfen zusätzlich. Insgesamt hat die Linke aus früheren Fehlern gelernt, soziale Themen breiter aufgestellt, interne Geschlossenheit wiederhergestellt und dadurch anhaltend hohe Zustimmung erreicht.

### **Also könnte man in Bezug auf Die Linke vielleicht festhalten „Totgesagte leben länger“?**

*Uwe Jun:* Ja. Und sie haben es auch geschafft, mit vielfältigen Aktionen mediale Aufmerksamkeit zu gewinnen. Denken Sie auch an die Silberlocken-Aktion [wo sie Bodo Ramelow, Gregor Gysi und Dietmar Bartsch im Wahlkampf zusammen so stark

in Szene gesetzt haben, um mit ihnen drei Direktmandate zu gewinnen und sich so vor dem parlamentarischen Ausscheiden zu retten, wenn man die 5-Prozent-Hürde nicht geschafft hätte; A.d.R.J. Das war sehr geschickt, was mediale Aufmerksamkeit betrifft. Also insofern muss man sagen: Kompliment an die Linke, die es geschafft hat, vielfältigste Aufmerksamkeiten auf sich zu ziehen und das in geschickter Form auch für sich genutzt hat.

### **Lassen Sie uns noch einen Blick auf das Parteiensystem insgesamt werfen: Unser politikwissenschaftlicher Kollege Oscar Gabriel sieht die Bundestagswahl 2025 als Höhepunkt des Übergangs vom moderaten zum polarisierten Pluralismus: AfD und Linke gewinnen, während die bisherigen Regierungsparteien stark verlieren. Wie lässt sich diese Entwicklung erklären, und teilen Sie Gabriels Einschätzung dieses Wandels?**

*Uwe Jun:* Ja, Gabriels Diagnose ist eindeutig zutreffend und wird auch von Oskar Niedermayer geteilt. Regierungen haben es insgesamt immer schwerer, sich zu behaupten; ein europaweiter Trend. Auch in Deutschland traf dies alle drei Regierungsparteien – die Grünen am wenigsten. Oppositionsparteien gewinnen, besonders jene an den Rändern, weil Regierungen typischerweise aus der Mitte kommen und Unzufriedenheit daher vor allem Randparteien stärkt.

Die Ursachen liegen in einer geopolitisch und ökonomisch schwierigen Lage: drei Rezessionsjahre, starker Zukunftspessimismus und Angst vor sinkendem Wohlstand. Angst- und Ungerechtigkeitsempfinden öffnen für radikalere Positionen.

Diese gesellschaftliche Polarisierung spiegelt sich im Parteiensystem wider. Zwar existiert weiterhin eine starke gesellschaftliche Mitte, wie Wissenschaftler wie Steffen Mau eindrucksvoll zeigen konnten, doch Polarisierungstendenzen wachsen und werden von „Polarisierungsunternehmern“ genutzt – verstärkt durch soziale Medien, die Emotionen und Negativität algorithmisch begünstigen. All dies trägt wesentlich zur Verschiebung hin zu einem polarisierten Pluralismus bei.

**Ist es trotz aller Themen, die geeignet sind, eine Polarisierung zu erzeugen, ein Vorteil unseres Mehrparteiensystems, dass es Pluralismus besser abbilden kann, als ein Mehrheitswahlsystem und daher Polarisierung, wie wir sie z.B. in den USA sehen, besser abschwächt?**

*Uwe Jun:* Großbritannien zeigt trotz Mehrheitswahlrecht eine geringere Polarisierung, weshalb das Wahlsystem nicht entscheidend ist. Ausschlaggebend sind gesellschaftliche Entwicklungen. Wenn sich ein starkes Freund-Feind-Denken etabliert und die gesellschaftliche Mitte verschwindet, wie in den USA, wird Polarisierung politisch kaum steuerbar und leichter von Polarisierungsunternehmern nutzbar.

In Deutschland und vielen europäischen Ländern existiert jedoch weiterhin eine kraftvolle Mitte, die Parteien der Mitte stabilisiert und Mehrheiten an den Rändern verhindert. Nur wenige westliche Demokratien – etwa Ungarn oder teils Italien – weisen Mehrheitsbildungen an den Rändern auf. Die europäischen Parteiensysteme bleiben damit derzeit von amerikanischen Verhältnissen entfernt.

**Herr Jun, wir danken für das Gespräch.**

Das Interview führten *Marius Minas* und *Oliver Drewes* am 25. November 2025.